

Symposium „Algerien im neuen Jahrzehnt“ in Wien

Utl.: Das Maghreb-Land soll eine neue Hauptstadt bekommen

Ein Rückblick auf die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Algeriens seit seiner Unabhängigkeit 1962 und ein Ausblick über die weitere Entwicklung im laufenden Jahrzehnt standen am 21. Juni 2010 im Mittelpunkt eines Ländersymposiums über das Maghreb-Land in Wien. Bei dem von der Österreichischen Orient-Gesellschaft (ÖOG) Hammer-Purgstall in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Institut für Internationale Politik, dem Afro-Asiatischen Institut in Wien und der Österreichisch-Algerischen Gesellschaft veranstalteten Symposium referierten vor allem Mitarbeiter von mit Fragen des Nahen Ostens beschäftigten deutsche Institutionen über relevante Fragen und Probleme Algeriens in den untersuchten Zeiträumen.

Begrüßt wurden Referenten und Symposiumsteilnehmer von ÖOG-Präsident Univ. Prof. BERT FRAGNER und der algerischen Botschafterin in Wien, Frau TAOUS FEROUKHI. Fragner bezeichnete Algerien als ein „nahes und präsent“ Land, das in der medialen Präsentation nicht so aufscheine, wie es wünschenswert wäre. Botschafterin Feroukhi lieferte einige Hintergrundinformationen über ihr Land und seine Bewohner, erinnerte an den achtjährigen Unabhängigkeitskampf Algeriens von der französischen Kolonialherrschaft und ging sodann auf die gegenwärtigen Hauptaufgaben der Regierung in Algier ein: die sozio-ökonomische Entwicklung und ein Reformprogramm zur Öffnung von Politik und Wirtschaft. Beim Anschneiden der politischen und demokratischen Entwicklung des Landes erwähnte sie vor allem das Aufkommen anderer Parteien neben der langjährigen Staatspartei FLN, sowie das Aufkommen einer islamistischen Partei. Algerien habe einen hohen Preis für wirtschaftliche Reformen und für Verfassungsbestimmungen zugunsten der Landesbewohner (z.B. im Erziehungswesen, bei Maßnahmen zur Nicht-Diskriminierung usw.) gezahlt, wichtig sei, dass diese Reformbeschlüsse und –bestimmungen respektiert würden. Als eine der Herausforderungen bezeichnete die Diplomatin die Diversifikation der Wirtschaft, insbesondere bei der Industrialisierung des Landes. Kurz ging sie auch auf internationale Fragen ein, wobei sie die Verankerung Algeriens in der Arabischen Welt und in Afrika, sowie die Rolle des Landes bei der Sicherung der regionalen Stabilität in Nordafrika hervorhob. Bezüglich der Lösung des Arabisch-israelischen Konfliktes und der Palästinenserfrage verwies sie auf die bekannten Standpunkte der arabischen Länder.

Dr. SIGRID FAATH (Mitarbeiterin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin und Vertretungsprofessorin für Politikwissenschaft an der Universität Jena) teilte ihren Beitrag („Algerien im neuen Jahrzehnt – Status quo und Trend der innenpolitischen Entwicklung“) in zwei Hauptkapitel: was wurde in Algerien innenpolitisch in den vergangenen Jahren erreicht und was sei künftig zu erwarten. Nach der Unabhängigkeit 1962 sei Algerien nicht nur mit der Frage der Machtverteilung, sondern auch mit jener des geeignetsten Entwicklungskonzeptes konfrontiert worden. Zunächst wurde das sozialistische System favorisiert, wie übrigens in vielen anderen Entwicklungsländern.

Seit Beginn der 80iger Jahre habe sich die wirtschaftliche Lage verschlechtert, als Folge sei der Bruch mit dem sozialistischen System mit seiner Einparteien-Regierung und der engen Verflechtung zwischen Politik und Militär erfolgt. Die neue Verfassung von 1989 im Gefolge der Unruhen von 1988 habe den Parteienpluralismus und die Abkehr vom sozialistischen Dirigismus verankert, um die Unzufriedenheit zumindest eines Teiles der interessierten Bevölkerung zu besänftigen. Angestrebt wurde mit der Verfassung auch eine Verbesserung der sozialen Lage der Bewohner, eine Wirtschaftsreform und Wohlfahrt für alle.

In der ersten Zeit der neuen Verfassung, also zu Beginn der 90iger Jahre, habe es große Erwartungen in der Bevölkerung gegeben, sie sei in einer Aufbruchstimmung gewesen. 1992 sei aber die Hoffnung getrübt worden durch den innenpolitischen Konflikt. Denn die 1989 zugelassene islamistische Partei habe durch die Möglichkeit der Wahlbeteiligung einen großen Handlungsspielraum gehabt – der Abbruch der Wahlen von 1992 auf Weisung der Staats- und Militärführung habe zu Auseinandersetzungen geführt, die zahlreiche Todesopfer, Verletzte und Traumatisierte gefordert hätten. Erst Anfang 2000 habe man einen Durchbruch bei der Eindämmung des Terrorismus erzielt, teils durch Amnestien und andere Maßnahmen, so verbesserter Ausrüstung der Sicherheitskräfte. 1992 sei die Aktivität der politischen Parteien durch Gesetze eingeschränkt worden

Im Vergleich zu den 90iger Jahren, so die Referentin, habe sich die Sicherheitslage nach 2000 verbessert, die Sicherheitsproblematik sei durch wirtschaftliche und andere Reformmaßnahmen in den Hintergrund gedrängt worden, profitiert habe man auch durch die Ausweitung (und damit vermehrte Einnahmen) der Öl- und Gasproduktion. Allerdings erwartet die Bevölkerung als Folge der gestiegenen und weiterhin steigenden Einnahmen aus dieser Produktion eine Verbesserung ihrer Lebensumstände. Einige diesbezügliche Forderungen, so auf dem Bildungssektor und bei der wirtschaftlichen Förderung wurden auch wirklich umgesetzt. Auch wurden Gelder für Entwicklungsprojekte in vom Terrorismus betroffenen Gegenden, z.B. der Kabylei, bereitgestellt.

Generell besteht ein großer Nachholbedarf, vor allem im Süden des Landes wird auch im neuen Jahrzehnt ein umfangreiches Reform- und Entwicklungsprogramm nötig sein. Die Situation junger Leute, Hauptträger der Protestbewegung, hat sich noch nicht wesentlich gebessert. Ihre Hauptforderungen betreffen Arbeitsplätze (ein besonders dringendes Problem, weil die Jugendarbeitslosigkeit 2009 bei offiziell 10,2 Prozent lag, tatsächlich aber höher war. Angesichts der hohen Binnenwanderung und der Migration gilt es bei der Arbeitsplatzbeschaffung auch, Jugendliche in ihren Heimatprovinzen zu halten), ferner die Schaffung von Wohnraum und bessere Entlohnung.

Derzeit muss die soziale Lage weiter Bevölkerungsschichten als angespannt bewertet werden, ein spürbares Wirtschaftswachstum blieb für sie aus, die Kaufkraft hat sich nicht verbessert. Protestkundgebungen waren in den letzten Jahren und sind auch derzeit an der Tagesordnung. Auch die Gewerkschaften treten offensiver für ihre Mitglieder auf, ihnen geht es nicht nur um Einkommensverbesserungen, sondern auch um Preisstabilität und Preiskontrollmaßnahmen. Letztere wurden im Februar 2010 seitens der an sozialem Frieden interessierten Staatsführung angekündigt.

Erreicht wurden in den letzten Jahren eine Verbesserung der inneren Sicherheitslage trotz schwacher terroristischer Aktivität in gewissen Gegenden, so in der Kabylei, ferner eine Reformen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich. Bei der Wirtschaftsorientierung steht man in Algerien vor der Frage „Mehr oder weniger Staat“, wie viel offener kann man für ausländische Investitionen sein und können soziale Probleme durch wirtschaftliche Dynamik gelöst werden. Ein angekündigtes Fünf-Jahres-Entwicklungsprogramm erfordert eine breite Diskussion über die künftige Öffnung der Wirtschaft des Landes, welche Richtung innen- und außenpolitisch einzuschlagen sei und welche Wirtschaftsstrategie in Zukunft verfolgt werden soll (Liberalismus oder Dirigismus). Allgemein muss gesagt werden, dass sich Algerien im Prozess einer Neuorientierung befindet, wobei viele Probleme parallel gelöst werden müssen und Fehler dabei unvermeidlich sind. Erfolge können sich hier nur auf lange Sicht einstellen.

HANSPETER MATTES (Stellvertretender Direktor des GIGA-Institutes für Nahost-Studien in Hamburg) zufolge hatte Algerien in den 90iger Jahren mit hohen Auslandsschulden zu kämpfen, konnte jedoch durch gestiegene Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport, die vorwiegend in Entwicklungsprojekte flossen, seine Devisenreserven steigern.

Algerien verfügt über Regionen mit verschiedenen Entwicklungsbedürfnissen. Da ist einmal die etwa 100.000 qkm große Küstenregion mit ausreichenden Wasservorräten und fruchtbarem Boden, hier liegen auch die meisten Großstädte wie Algier, Oran und Annaba. Das Hochplateau zwischen Tell- und Sahara-Atlas ist ein arides Gebiet, umfasst 13 Prozent der Landfläche und dient vorwiegend der Viehzucht. Der Süden gehört zur Sahara, ist bis auf die Oasen unfruchtbar, doch liegen hier im östlichen Landesteil die Öl- und Gaslager. 90 Prozent der Gesamtbevölkerung leben in 20 Prozent des Landesterritoriums. Bevölkerungsprobleme sind die sicherheitsbedingte Binnenwanderung, Armut und unzureichende soziale Einrichtungen in vielen Städten und Gemeinden, Probleme bei der Wasserversorgung und medizinischen Versorgung – alles Probleme, die von der Presse des Landes sehr wohl erwähnt werden aus Furcht vor einer sozialen Explosion. Dies blieb den politischen Entscheidungsträgern nicht verborgen. Präsident Bouteflika hatte in seinem Wahlprogramm die Notwendigkeit der regionalen Entwicklung betont und in den letzten Jahren viele Inspektionsreisen in Begleitung von Ressortministern unternommen.

Auf dem Entwicklungssektor, der von den steigenden Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport profitiert, gibt es in Algerien folgende Pläne: solche zur Unterstützung von Entwicklungsprojekten an sich (um soziale Ungleichheiten korrigieren) und Pläne zur Konsolidierung des Wirtschaftswachstums (eine Art algerischer Marshall-Plan) mit verschiedenen Prioritäten (Wohnbauprogramme, Schulbauten, Ausbau der Infrastruktur, Bau von Ost-West-Autobahnen an der Küste und in der Hochebene zwischen den Atlasketten, Ausbau der Wasserversorgung, Neubau von Staudämmen, Modernisierung des öffentlichen Dienstes, Verbreitung neuer Informationstechnologien).

Ausführlich hat die Presse Algeriens über einen neuen zu letzterer Kategorie gehörenden Entwicklungsplan bis 2014 berichtet, der hohe Investitionen vorsieht: ein derartiges Entwicklungsprogramm erfordert aber eine besondere Raumordnungspolitik (übergreifende Steuerung der Siedlungsprojekte auf das gesamte Staatsgebiet) – dazu war schon 1994 ein neues Ministerium für Raumordnung geschaffen worden). 1997 kam noch eine nationale Agentur für Raumordnung dazu, 2001 ein Gesetz über Raumordnung und Neuordnung des Staatsgebietes. Entsprechend wurden regionale Masterpläne und sektorale Masterpläne (für Transportwesen, Wasserversorgung, Tourismus, Sport usw.) ausgearbeitet. Seit 2005 arbeitet das Ministerium für Raumordnung an einem neuen Master-Raumordnungsplan bis 2025 für die Umsetzung gewisser Projekte mit Schwerpunkten. Dessen oberstes Ziel ist die Umverteilung der Bevölkerung zur Entlastung der Küstengebiete zugunsten neuer Städte auf der Hochebene zwischen den Atlasketten. Es geht darum, die Großstädte an der Küste vor dem Kollaps zu bewahren. Da in den Küsten die Zersiedelung vorangeschritten ist, ist eine Neuverteilung der Bevölkerung dringend nötig. Für die großen Städte Algier, Oran, Annaba und Constantine wurden eigene Metropol-Entwicklungspläne für die Infrastruktur und Verbesserung der Lebensbedingungen der Stadtbewohner ausgearbeitet. So sollen zu diesem Zweck auf der Hochfläche zwischen den Atlasketten auch neue Städte gegründet werden, drei Projekte sind im Diskussions- und Planungsstadium. Darunter ist auch nach dem Vorbild von Brasilia eine neue algerische Hauptstadt Boughezoul nahe von Djelta etwa 270 km südlich von Algier – mit einer Verwirklichung dieses Projektes ist frühestens 2020-25 zu rechnen. Erforderlich ist dazu ein Gesetz über den Transfer der Hauptstadt. Eine der neuen Städte soll auch als technisch-wissenschaftliches Zentrum dienen.

Alle Masterpläne widmen dem Ausbau der Infrastruktur besondere Aufmerksamkeit. Das Straßen und Bahnnetz ist nicht nur eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wirtschaftsentwicklung, es soll auch gewisse Bevölkerungsteile aus der Isolierung holen. Um die Großstädte wie Algier sind Umgehungsstraßen geplant, zu den Bahnprojekten gehören auch Elektrifizierungen.

Eine der Top-Prioritäten auf dem Entwicklungssektor in Algerien ist die Trinkwasserversorgung angesichts steigenden Wasserverbrauchs. Befürchtet wird ein Wassermangel im Land bis etwa 2020. So sind für den Norden des Landes, besonders in den Gebirgen zahlreiche Staudammprojekte in Planung, in den Küstengebieten sollen Meerwasserentsalzungsanlagen errichtet werden. Eine davon wird die größte auf dem afrikanischen Kontinent sein. In der Sahara will man sich auf den Bau von Tiefbrunnen konzentrieren.

Nach Überwindung der Krisen der 90iger Jahre erfolgte eine Neubewertung und Weiterentwicklung der Raumordnungsprogramme, hinter dieser Aktivität stand Präsident Bouteflika ganz besonders. Viele der Verbesserungen wurden erst in den letzten Jahren in Angriff genommen, die Bevölkerung war angesichts der Verzögerungen ungeduldig geworden.

Eine bessere Finanzierung erwartet man sich durch die schon erwähnten erhöhten Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport. Die Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Jugend hinken hinter den Bedürfnissen hinterher, Abhilfe bei Koordinationsdefiziten erwartet man sich durch eine verstärkte staatliche Kontrolle.

Dem Thema „Die Hauptstadt Algier – eine Metropole auf der Suche nach Identität“ widmete sich DALILA NADI (Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum „Moderner Orient“ in Berlin). Sie gab zunächst einen Überblick über Lage und historische Entwicklung der Stadt. Ihr ältester Teil die Kasbah ist UNESCO-Weltkulturerbe, dieser Stadtteil spielte im Unabhängigkeitskampf 1954-62 eine besondere Rolle. In französischer Zeit wurde Algier zu einer modernen Stadt ausgebaut und wuchs in die nähere und weitere Umgebung hinaus. Nach Abzug der Franzosen standen viele Häuser und Siedlungen leer, sie wurden von Algeriern belegt, die sich mit alteingesessenen Bewohnern arrangieren mussten. Diese hatte zu tiefgreifenden Veränderungen im öffentlichen und privaten Familienleben geführt, auch zu neuen Netzwerken von Beziehungen zwischen den Menschen. Die Stadt verzeichnete in den letzten Jahren einen rasanten Zuwachs an Bevölkerung, die Folge waren Wohnungsnot, chaotisches (Neu-) Bauwesen, ein überlastetes Transportsystem u.v.a.

Bouteflikas Politik der nationalen Versöhnung hat der Referentin zufolge dazu geführt, dass die islamistische Bewegung aus den Städten ins Gebirge zurückgedrängt wurde. Heute erweckt Algier den Eindruck einer Großbaustelle, es entstehen neue Infrastruktureinrichtungen, Bürogebäude, Einkaufszentren (das größte entsteht in der Nähe des Flughafens) und Wohnhochhäuser. Nadi erwähnte auch das Projekt einer neuen algerischen Hauptstadt angesichts der Übervölkerung der Stadt Algier. Dort werden ältere Stadtviertel, darunter auch die Kasbah renoviert. Die Regierung ist ferner bemüht, Algier zu einem großen Veranstaltungszentrum (Kongresse, Feste usw.) zu machen. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist allerdings in der Stadt nicht zu übersehen. Der Tourismus spielt im Land eine eher geringe Rolle, das Land kann aber wieder gefahrlos bereist werden.

Bei der abschließend von Univ. Prof. Dr. OTMAR HÖLL (Direktor des österreichischen Instituts für Internationale Politik) moderierten Diskussion wurde auch das Verhältnis zwischen Algerien und Frankreich, der ehemaligen Kolonialmacht, angeschnitten. Es ist dies ein problematisches Verhältnis, auch weil noch nie eine offizielle Entschuldigung Frankreichs wegen seiner Kolonialvergangenheit erfolgt war. Es wäre Zeit für „symbolische Akte“ wird in Algier betont. In diesem Zusammenhang hat man in Algerien genau die Bereinigung des Verhältnisses Libyens zu seiner ehemaligen Kolonialmacht Italien verfolgt, wo eine Entschuldigung und die Zusicherung von Wirtschaftshilfe erfolgt war.

Der Dialog zwischen Europa und Algerien wurde als „defizitär“ bezeichnet, obwohl das Maghreb-Land geographisch Europa nahe liegt, der Union der Mittelmeerländer angehört und am Rand der Schengen-Außengrenzen liegt. (Schluss)